

Ich möchte noch gerne etwas zum Schulprogramm sagen. Ich habe eben gesagt: Nordrhein-Westfalen ist seit vielen Jahren führend. Mich freut es besonders, dass dieses EU-Schulprogramm hier in Nordrhein-Westfalen überlebt hat. Es geht zurück auf die Initiative meines Vor-Vorgängers Eckhard Uhlenberg.

Ich habe mich gerade noch bei der Kollegin aus dem Haus erkundigt: Im Jahr 2008 hat er dieses Schulprogramm tatsächlich in der Form, wie wir es heute haben, eingeführt. Ich bin dankbar, dass er das damals getan hat. Ich war mit ihm damals an vielen Schulen in Nordrhein-Westfalen unterwegs.

Ich finde es richtig, dass es hier weiter fortgeführt wird und durch die jetzige Landesregierung mit entsprechendem Geld ausgestattet und weiter vorangebracht wird. Wir haben mittlerweile 1.100 Schulen, die an diesen Programmen teilnehmen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist eine sensationelle Zahl. Wir haben an ein paar wenigen Schulen in einigen wenigen Regierungsbezirken angefangen. Heute gibt es quasi eine flächendeckende Beteiligung.

Wenn Schulen Schwierigkeiten haben – vorhin wurde die Kompliziertheit angesprochen –, kann ich Ihnen sagen: Auch unser Haus berät die Schulen dabei, wie sie an dem Bewerbungsverfahren teilnehmen und dabei mitmachen können.

Ich sage Ihnen zu: Dieses Programm wird es jedenfalls in meiner Zeit, in der Zeit von Ministerpräsident Armin Laschet, auch weiterhin geben. Vielleicht schaffen wir es ja auch, vom Finanzminister in den nächsten Jahren noch ein Schnippchen obendrauf zu bekommen, um das Programm noch weiter ausdehnen zu können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/2761** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand enthalten? – Auch nicht. Dann haben wir einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

## 15 Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/2659

erste Lesung

Herr Minister Dr. Stamp hat angekündigt, seine Einbringungsrede zu Protokoll zu geben (*siehe Anlage*). Sie ist uns mit Sicherheit auch übergeben worden. Eine weitere Aussprache ist heute nicht vorgesehen.

Damit kommen wir sofort zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung. Der Ältestenrat empfiehlt uns die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/2659** an den **Integrationsausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**. Möchte hier jemand widersprechen? – Oder sich enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

## 16 Wahl der Mitglieder und Wahl des/der Vorsitzenden des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II (Drucksache 17/2753)

Wahlvorschlag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/2806 – Neudruck

Wahlvorschlag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/2812

Wahlvorschlag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/2821

Wahlvorschlag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 17/2822

Wahlvorschlag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/2824

Eine Aussprache ist dazu nicht vorgesehen.

Wir stimmen als erstes über den Wahlvorschlag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2806 – Neudruck – ab. Wer möchte diesem Wahlvorschlag der SPD-Fraktion zustimmen? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der **Wahlvorschlag** der Fraktion der SPD **Drucksache 17/2806 – Neudruck – angenommen**.